



HESSISCHER LANDTAG

30. 04. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Berechnung und Bewertung der monetären Risiken für die öffentlichen Anteilseigner durch die Flughafenerweiterung Frankfurt Rhein-Main

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, bis zum 31. August 2009 eine Berechnung der finanziellen Auswirkungen für das Land Hessen vorzulegen, die durch die Flughafenerweiterung mit einer Investitionssumme von ca. 7 Mrd. € entstehen könnten.

In Abhängigkeit der möglichen Finanzierungsvarianten des Flughafenausbaus, wie Kreditfinanzierung oder Kapitalerhöhung, sind die Risiken für die öffentlichen Anteilseigner zu bewerten und die möglichen Mindereinnahmen zu quantifizieren. Besonders darzustellen sind:

- a) Verminderung der Steuereinnahmen,
- b) Senkung der Dividenden,
- c) Mehrbelastung durch Kapitalerhöhung.

Begründung:

Mit dem Ausbau des Flughafens Frankfurt Rhein-Main sind für die öffentlichen Anteilseigner - das Land Hessen mit 31,57 v.H. und die Stadt Frankfurt am Main mit 20,16 v.H. - erhebliche finanzielle Risiken verbunden. Nach Angaben des Vorstandes der Fraport AG wird die geplante Flughafenerweiterung Investitionen in Höhe von voraussichtlich 7 Mrd. € verursachen. Hinzu kommen noch Investitionen in die erschließende Infrastruktur durch Bund und Land. Angesichts dieses Investitionsvolumens stellt sich einerseits die Frage nach der wirtschaftlichen Rentabilität und der Finanzierbarkeit des Vorhabens für das Unternehmen und andererseits nach den finanziellen Auswirkungen für das Land Hessen und die Stadt Frankfurt am Main.

Die bis zum Jahr 2015 zu tätigenden Investitionen von ca. 7 Mrd. € können durch Aufnahme von Krediten und/oder durch Emission neuer Aktien finanziert werden.

Die aktuelle Finanzkrise, die Entwicklung der Rohstoffpreise (besonders Flugbenzin) und das sich stetig verringernde Flugaufkommen stellen die Rentabilität des Ausbaus infrage. Eine Kreditfinanzierung dürfte sich unter diesen Bedingungen als schwierig erweisen.

Bei einer Kapitalerhöhung fallen zwar keine Zinsen an, aber die neuen Aktien müssen unter aktuellen Bedingungen am Markt positioniert werden. Auch die öffentlichen Anteilseigner, das Land Hessen und die Stadt Frankfurt am Main, müssen sich an einer Kapitalerhöhung beteiligen, um die Mehrheitsverhältnisse nicht zu verändern.

Mit hoher Sicherheit wird das Bauvorhaben für die Fraport AG zu einer deutlichen Verminderung des Jahresüberschusses, wenn nicht sogar zu Defiziten führen. Das führt auch zu einer Verminderung der Dividende bzw. Dividendmöglichkeit. Auch das Steueraufkommen für das Land sowie die Gemeinden wird sich, zusätzlich zu dem konjunkturbedingten Einbruch, reduzieren.

Das Land Hessen muss aufgrund des durch die Fraport AG zur Verfügung zu stellenden Datenmaterials (s. Parallelantrag) und weiterer verfügbarer Daten eine Modellrechnung vornehmen, um die finanziellen Auswirkungen der Flughafenerweiterung auf das Land Hessen abschätzen zu können.

Wiesbaden, 30. April 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen